

Maßnahmen der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen gegen Antisemitismus

Die Pflegekammer nimmt die Themen Antisemitismus und Rassismus sehr ernst. Beide Komplexe sind jedoch in der Pflege nach wie vor eher tabuisierte Themen. Dies zeigt sich auch in den eher wenigen Fällen, die der Pflegekammer von Mitgliedern gemeldet werden.

Nachfragen bei Pflegenden zeigen unterschiedliche Herausforderungen. Zum einen wird das Thema nicht wahrgenommen bzw. ist nicht offensichtlich. Vereinzelt berichten Pflegefachpersonen von versteckten antisemitischen Äußerungen gegen sie als Person. Zum anderen wird berichtet, dass Pflegefachpersonen ihren jüdischen Hintergrund eher verbergen. Offener werden Schwierigkeiten im Themenfeld Rassismus und Integration ausländischer Pflegefachpersonen auf beiden Seiten angesprochen. Jedoch wird Rassismus in seiner Komplexität eher weniger reflektiert. Dies bestätigt auch ein jüngst veröffentlichter Bericht in einer führenden Pflegefachzeitschrift (Die Schwester/Der Pfleger Ausgabe 01/24).

Auch im Bewusstsein, dass sich Antisemitismus von Rassismus unterscheidet, zeigt die Pflegekammer eine klare Grundhaltung dazu und spricht sich gegen jegliche Form von Rassismus und Antisemitismus aus. So hat die Pflegekammer aufgrund von Anfragen ausländischer Pflegefachpersonen, welche Diskriminierungen im Rahmen ihrer Berufsbezeichnung erfahren, ein Positionspapier verabschiedet und veröffentlicht. Darin spricht sich die Pflegekammer z.B. deutlich „für ein respektvolles und diversitätsfreundliches Miteinander aus, in dem Rassismus keinen Platz hat“.

Maßnahmen der Pflegekammer setzen daher auf die Kommunikation und Etablierung eines professionellen Pflegeverständnisses, das sich klar gegen Rassismus und Antisemitismus positioniert (die Stellungnahme finden Sie hier: <https://www.pflegekammer-nrw.de/internationale-pflegefachpersonen-im-anerkenntungsverfahren-wertschaetzung-beginnt-bei-der-berufsbezeichnung-auf-dem-namensschild/>). So wird auch die Etablierung einer Berufsordnung für Pflegefachpersonen in NRW eine solche Werteorientierung vorantreiben können und müssen.

Darüber hinaus beschäftigt sich die Pflegekammer mit dem großen Themenkomplex „Gewalt in der Pflege“ im Rahmen einer fest installierten Arbeitsgruppe, die für Mitglieder der Pflegekammer offen ist. Solche partizipativen Ansätze bilden aus unserer Sicht die Grundlage dafür, tabuisierte Themen wie Gewalt, zu denen unseres Erachtens auch rassistische und antisemitische Äußerungen gehören, aufzudecken, zu enttabuisieren und Lösungsansätze für die Betroffenen und in den Einrichtungen zu erarbeiten. Ein wichtiges strategisches Ziel des Vorstandes ist es beispielsweise, durch die Etablierung eines „Whistleblower-Systems“ Möglichkeiten für Mitglieder zu schaffen, Gewaltvorfälle ohne Angst vor Repressalien zu melden. Wie oben bereits angedeutet, werden wir auch hier keine Grenzen ziehen und damit Räume schaffen, um auch antisemitische oder rassistische Handlungen aufdecken zu können und den Betroffenen Unterstützung anzubieten.

Neben einer klaren Kommunikation nach außen sieht die Pflegekammer auch die Gestaltung der internen Strukturen als wichtig an, um eine solche werteorientierte Haltung zu etablieren. So wird z.B.

bei Stellenausschreibungen stets das Anforderungsprofil der Werteorientierung und Diversity-Kompetenz aufgenommen. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Haltungsentwicklung gegen Antisemitismus und Rassismus ist geplant, sich intern sowohl in der Kammerversammlung als auch in der Geschäftsstelle auf eine ethische und wertorientierte Grundhaltung zu verpflichten (ähnlich einem Leitbild) und diese auch nach außen deutlich zu vertreten. Für weitere Maßnahmen gegen Antisemitismus und Rassismus, gerne auch in Kooperation mit anderen Organisationen, steht die Pflegekammer sehr offen gegenüber.

Vermerk zur Ausarbeitung

Die Landesregierung hat dafür geworben, für Antisemitismus zu sensibilisieren und ein klares Signal gegen Antisemitismus zu setzen. In diesem Zusammenhang wurde die Arbeitsgemeinschaft der Heilberufskammern vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales befragt, welche Maßnahmen gegen Antisemitismus ergriffen werden.

08.01.2024